



Europäische Union

- Rückkehr nach Verdun? *Seite 2*
- Zum 60. Jahrestag muss sich die EU neu begründen *Seite 3*



Landesparteitag DIE LINKE Brandenburg

- Linkskurs gestört – Segel setzen *Seite 9*



Fürstenwalde

- Karl-Marx bleibt aktuell *Seite 10*
- Wer findet gewinnt *S. 11*
- Langjährige Abgeordnete verabschiedet *Seite 11*

Dabei sein oder auf die Barrikade?

Ein etwas anderer Bericht einer Bildungsreise zum Europäischen Parlament nach Brüssel



Als das „kommunalpolitische forum Land Brandenburg e.V.“ im Dezember 2016 seine Bildungsreise für 2017 zu den EU-Institutionen nach Brüssel ankündigte, hatte ich mich angemeldet.

Offensichtlich, wie selten zuvor, hatte die Wirklichkeit der Europäischen Union auch die Kommunalpolitik in unserem Landkreis eingeholt. Als die Dämme an den Außengrenzen des „Schengen-Raumes“ der EU brachen, waren Notunterkünfte einzurichten. Menschen wurden in Turn- und ehemaligen Produktionshallen untergebracht, um erst einmal über den Winter zu kommen. Dann kamen an vielen Binnengrenzen zwischen den Schengen-Staaten die Grenzkontrollen zurück. Zum Ende des Jahres 2016 erreichten auch uns die Wirkungen des wesentlich von der Frau Merkel vorangetriebenen Deals mit der Türkei. Es kamen weniger Menschen an, Turnhallen und zur Unterbringung von Menschen umgenutzte Produktionshallen konnten wieder geräumt werden.

Grund genug nach Antworten auf die Frage zu suchen: Wie soll, wie wird das weiter gehen?

Im Januar 2017 kam dann noch ein weiterer Problemkreis hinzu. Mit der Veröffentlichung eines ersten Entwurfs des Wahlprogramms der LINKEN für die Wahlen zum Deutschen Bundestag standen Fragen linker Positionen zur

Europäischen Union in einem umfassenderen Kontext auf der Tagesordnung.

Die Reise brachte Gespräche in der Vertretung des Städte- und Gemeindebundes in Brüssel, mit Vertretern der deutschen Sparkassen, in der Vertretung des Landes Brandenburg, Besuche im Parlament der Europäischen Union (mit der nicht nur etwas überhöhten Selbstbezeichnung „Europäisches Parlament“) und im „Ausschuss der Regionen“ sowie eine Diskussionsrunde mit den Abgeordneten Martina Michels und Helmut Scholz.

Wir trafen in Brüssel auf zwei Jubiläen. Bei der Besichtigung des Plenarsaales wurde der gerade für den feierlichen Akt zum Jahrestag der Römischen Verträge (so etwas wie die Gründungsakte der Vorläufer der Europäischen Union) geweiht. Und dann war wegen des Jahrestages des Terroranschlags von 2016 der Untergrund-Bahnhof Börse gesperrt.

So sehr beide Ereignisse räumlich und zeitlich auseinander fielen, so sehr hängen sie doch zusammen.

Den tiefsten Eindruck hinterließ bei mir ein Denkmal, an dem wir während einer „Linken Stadtführung“ durch Elsenne vorbei kamen (das ist der Brüsseler Bezirk, in dem sich auch das EU-Parlament befindet): Eine aus Patronenhülsen geformte Figur hält ein Kind im Arm, dem ein Fuß fehlt. Und am Sockel findet sich die Widmung: „Gift van AFRICALLA voor de Gemeente Elsenne“ (Geschenk aus Afrika für die Gemeinde Elsenne).

Im September 2007 wurde in der Gemeinde Elsenne in Brüssel die monumentale Statue „Jenseits der Hoffnung“ des kongolesischen Künstlers Freddy Tsimba aufgestellt. Eine Frau starrt in den Himmel und hält im Arm ein Kind mit nur einem Fuß. Die 300 kg schwere und 2,4 m hohe Skulptur ist vollständig aus Patronenhülsen hergestellt, die der Künstler auf Schlachtfeldern in Zentralafrika sammelte. Seine Botschaft ist, dass die leeren Hülsen – nachdem ihre Kugeln in Afrika Menschen töteten – zurück in die Länder ihrer Hersteller, Exporteure und Profiteure kommen und anklagen.

Fotos: Artur Pech



Sitzungssaal des Europäischen Parlamentes in Brüssel

In dieser Gegend hatten sich Menschen angesiedelt, die aus dem von Belgien brutal ausgeplünderten und gnadenlos unterdrückten „Belgisch“-Kongo kamen. Die Plünderung des Kongo war eine wesentliche Grundlage belgischen Wohlstandes. Der kongolesische Ministerpräsident Patrice Lumumba wurde noch Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge im Auftrage eines belgischen

Kolonialministers ermordet. Davon darf redlicherweise nicht schweigen, wer heute von „afrikanischen Wirtschaftsflüchtlingen“ spricht.

Ein netter Mann vom Besucherdienst des Parlaments führte uns durch das Haus. Nach seinen Worten stellte sich für jene Parteien, die nach 1990 in den Ländern des untergegangenen europäischen Sozialismus aus den vormals dort

gerierenden Parteien hervorgegangen waren, die Frage: Wollen wir dabei sein oder wollen wir auf die Barrikade?

Da sage ich: Das ist Metaphysik, frei nach dem Motto: Ja, ja, nein, nein – alles andere ist von Übel.

Im Entwurf für unser Bundestagswahlprogramm heißt es: „Wir wollen einen Neustart in Europa. Wir brauchen ein anderes Europa, mit neuen Verträgen, neuen Strukturen, neuen Hoffnungen. Die neoliberale Politik von Privatisierung, Spekulation und unsozialer Kürzungspolitik wollen wir beenden. Wir wollen abrüsten und Waffenexporte verbieten. Wir werden uns niemals damit abfinden, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken oder in Tod und Folter abgeschoben werden. Wir wissen: Wir müssen die Ursachen bekämpfen, nicht die Symptome. Wir müssen Krieg, Waffenexporte und die Ungerechtigkeiten in der globalen Wirtschaft beenden. Nur DIE LINKE steht an der Seite von Armen und Erwerbslosen wie an der Seite der Geflüchteten. Wir streiten für ein friedliches, solidarisches und demokratisches Europa.“

Dr. Artur Pech, Schöneiche,
Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree



von
Thomas Nord,
Mitglied des Bundestages, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Kontakt:
• Wahlkreisbüro:
Mühlenstraße 15,
15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 34 26 18
Fax (0 33 61) 34 26 24
• E-Mail:
thomas.nord.ma04
@bundestag.de
• Internet:
www.thomas-nord.de

Rückkehr nach Verdun?

Frühjahrgipfel der Europäischen Union

Am 25. März 1957 haben die Regierungen von Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg die „Römischen Verträge“ unterzeichnet. Damit wurde der Grundstein für die heutige Europäische Union (EU) gelegt und das Gemetzel von Verdun durch die Verhandlungsnächte von Brüssel ersetzt. Ein echter zivilisatorischer Fortschritt. Mit dem Scheitern der Verfassung 2005 in Frankreich und den Niederlan-

den ist der Vertiefungsimpuls zum Stehen gekommen, mit der Aufnahme Kroatiens 2013 der Erweiterungsimpuls, das Brexit-Votum von 2016 ist der Beginn eines Schrumpfungsimpulses. Die EU steht mit den Frühjahrgipfeln vor der Herausforderung, diesen Impuls angesichts wachsender Kräfte, die den Euro abschaffen, die EU auflösen und sich auf die souveräne Nation zurückziehen wollen, zu gestalten.

Jean-Claude Juncker gibt zu bedenken

Am 1. März hat Jean-Claude Juncker ein Weißbuch zur Zukunft der EU der 27 im Jahr 2025 vorgestellt, in dem er fünf verschiedene Szenarien vom Rückbau in eine Freihandelszone über ein „weiter wie bisher“ bis zur verstärkten Zusammenarbeit aller Staaten „auf allen Gebieten“ skizziert. Er will die Diskussion auf dem Dezembergipfel auf Grundlage der realen Wahlergebnisse der Nordirland-Versammlung (März), in den Niederlanden

(März), Frankreich (April bis Juni) und Deutschland (September) fortführen und konkretisieren. Eventuell kommen vorgezogene Neuwahlen in Italien hinzu, spekuliert wird über den 11. Juni, in zahlreichen Regionen werden an diesem Tag Kommunalwahlen durchgeführt. Spätestens 2018 steht die Wahl regulär an, ebenso in Österreich. Die EU-Institutionen können nichts tun, außer die Entscheidungen im nationalen Demos abwarten. Sie heißen Wilders oder Rutte? Le Pen oder Macron? Grillo oder Gentiloni? Strache oder Kern? Zerfallen Union und Euro in reaktionären Nationalismus?

Für ein Europa der zwei Geschwindigkeiten?

Auf dem Vorbereitungstreffen am 6. März auf Einladung des französischen Präsidenten haben Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien im Unterschied zum Weißbuch der Europäischen Kommission bereits ein „Europa der





mehreren Geschwindigkeiten“ präferiert. Beispiele intensiver Zusammenarbeit sind für Holland die gemeinsame Verteidigungspolitik, ein Eurozonen-Budget oder der Kulturbereich. Als Blaupause zu diesem Modell gilt das 1994 von Karl Lamers und Wolfgang Schäuble vorgestellte Papier zu einem Europa der zwei Geschwindigkeiten. Es wurde seinerzeit mit Bausch und Bogen verworfen, weil es die EU der 15 von einem horizontalen in einen vertikalen, hegemonialen Ansatz transformiert hätte. Heute redet man über mehrere Geschwindigkeiten und die „neue Führungsverantwortung“ Deutschlands. Es ist das Eingeständnis, dass der Weg des „weiter so“ längst zu Ende ist. Man kann in einer gemeinsamen Währungs- und Wirtschaftsunion nicht auf Dauer darauf angewiesen sein, dass die Wahlen im Nachbarland gerade noch einmal gut gehen.

Wahl des EU-Ratspräsidenten wird zum Konflikt

Ein Tagungspunkt des Gipfels am 9. und 10. März war die Neuwahl des EU-Ratspräsidenten, er wurde turnusmäßig zu Beginn und in der Mitte der Wahlperiode gewählt. Erstmals wird in der Frage einer EU-Spitzenkandidatur ein internationaler Konflikt auf die europäische Bühne getragen, der in der Konsequenz den Konflikt zwischen der EU und Polen und dessen Orientierung auf das Gewicht der Visegrad-Gruppe verschärfen wird. Die polnische Regierung verweigert dem amtierenden Präsidenten und PO Mitglied Donald Tusk die Unterstützung und hat einen eigenen Kandidaten benannt. Die

Kaczynski-Partei wirft Tusk nachlässige Ermittlungen im Falle des Flugzeug Absturzes von Smolensk vor, bei dem auch Kaczynskis Bruder sein Leben verlor. Ebenso wird ihm seitens der PiS-Regierung die Einleitung eines EU-Verfahrens gegen Polen wegen seiner umstrittenen Rechtsreform und seiner Medienzensur angelastet. Der Rat wird mehrheitlich für Tusk stimmen und nicht für den Kandidaten der polnischen Regierung. Die Visegrad-Staaten legen ihrerseits ein repatriierendes Konzept vor. Auch hier wird eine Entscheidung zwischen Europa als politischer Union oder Zerfall und Neuordnung angestrebt.

Brexit schafft neue Probleme für Iren und Briten

Die Grexit-Debatte ist wegen den realen Brexit-Verhandlungen in die zweite Reihe der Wahrnehmung getreten. Die Ungewissheit über den Zeitpunkt der Aktivierung des Artikels 50 wirft einen dunklen Schatten auf den 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge. Angesichts dieser Situation zeigt auch das Wahlergebnis der Nordirland-Versammlung vom 2. März die indirekten Folgen des Brexit. Mit dem Brexit wird eine EU-Außengrenze zwischen Irland und Nordirland entstehen. Sinn Fein, der ehemals parlamentarische Arm der Irischen Republikanischen Armee, liegt erstmals fast gleichauf mit den protestantischen Kräften. Die Regierungsbildung steht unter dem Druck des Karfreitagsabkommen von 1988, es gibt nur zwei Wochen Zeit, bis London übernehmen kann oder Neuwahlen anbe-

raucht werden. Das in der Schwebe hängende zweite Referendum Schottlands über den Austritt aus dem UK beflügelt die Phantasie für eine Wiederherstellung der politischen Einheit Irlands. Referendum oder Rückkehr der IRA?

Wohin geht die Türkei?

Die Frage über den Umgang mit der aktuellen Politik der Türkei wird debattiert. Präsident Erdogan orientiert die Türkei vom Westen und der EU weg zum Nahen Osten hin. Er strebt dort nach dem Zerfall von Irak und Syrien eine Führungsrolle an und will sie ausbauen. Gleichzeitig wird die Entstehung eines Kurdenstaates bekämpft, der Teile der Türkei beansprucht. Die Zustimmung zum Referendum am 16. April über eine autoritäre Präsidialrepublik steht auf der Kippe, der Fokus wechselt von der Innen- auf die Außenpolitik. Der Streit wird je nach Ausgang der Entscheidung in eine neue Qualität eintreten. Mit einem Abbruch der Beitrittsverhandlungen würde nach dem Brexit eine weitere geopolitische Einengung für die EU vollzogen. Der Nahe Osten wird dann nicht mehr an der türkisch-irakischen Grenze beginnen, sondern an der griechisch-bulgarisch-türkischen und der innerzyprischen.

Die EU steht am 60. Jahrestag der Römischen Verträge vor den Fragen weitere Schrumpfung, vollständiger Zerfall und Neuordnung. Es bleibt die Hoffnung, dass sie auch weiterhin mit langen Verhandlungsnächten in Brüssel und nicht durch die Rückkehr nach Verdun entschieden werden.

Thomas Nord kandidiert zur Bundestagswahl am 24. September als Direktkandidat der LINKEN im Wahlkreis 63 – LOS, Frankfurt (Oder).

NACHRICHT

Zum 60. Jahrestag muss sich die Europäische Union neu begründen

Beim Treffen der Staats- und Regierungschefs der verbleibenden 27 EU-Mitglieder am 25. März in Rom wurde verkündet, in welche Richtung die EU sich künftig bewegen will. Dazu erklären die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger:

Eine von Bundeskanzlerin Merkel und Bundesfinanzminister Schäuble favorisierte „EU der verschiedenen Geschwindigkeiten“ ist der falsche Weg.

Europa und die Demokratie befinden sich weiter am Scheideweg. Das wissen und spüren die Menschen und daher erleben wir eine wachsende politische Polarisierung. Offenbar sind es besonders die jüngeren Generationen, die sich beharrlich weigern

Europa aufzugeben. Die Zukunft muss mehr zu bieten haben als die schlechte Wahl zwischen falschen Alternativen: zwischen der EU, wie sie jetzt ist, und einem Rückfall in gefährlichen Nationalismus.

Wir brauchen einen neuen, einen sozial gerechten und radikal demokratischen Puls für Europa: mit neuen Verträgen und neuen Hoffnungen. Mit einem wirtschaftspolitischen Kurswechsel,

der das Wohl der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Wir brauchen öffentliche Investitionen, finanziert durch eine stärkere Belastung der Multi-Millionäre und die Profite der Großkonzerne, statt neoliberaler „Strukturereformen“ und unsozialer Kürzungspolitik. Die EU wird sozial und demokratisch, oder sie wird scheitern.

Sicherheit und Demokratie in Europa sind nur mit consequen-

ter Friedenspolitik und der Förderung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung möglich. An die Stelle institutionalisierter Menschenrechtsverletzungen durch Deals mit Diktatoren muss eine humane Flüchtlingspolitik treten, die jene Länder belohnt, die Flüchtlinge aufnehmen und in eine bessere soziale Absicherung und soziale Infrastruktur für alle Bürgerinnen und Bürger investieren.

„Soziale Wende nur mit uns“

Im Wortlaut von Sahra Wagenknecht, *Donaukurier*, 20. März 2017



Frau Wagenknecht, 100 Prozent für Martin Schulz als Parteichef, die SPD im Rausch. Freuen Sie sich ein bisschen mit, dass der potenzielle Koalitionspartner wieder stark geworden ist?

Ich würde mich dann freuen, wenn das Erstarren der SPD auf deren Rückbesinnung auf ein sozialdemokratisches Programm zurückzuführen wäre. Schulz hat mit seiner Ankündigung, die Agenda 2010 zu korrigieren, bei

den Sozialdemokraten immerhin noch die Forderung nach einer Vermögensteuer. Davon ist aktuell nichts mehr zu hören. Wenn die SPD die Superreichen und die Konzerne nicht stärker besteuern will, stellt sich die Frage, wie sie ihre ganzen Versprechen von mehr Investitionen bis zur gebührenfreien Kita finanzieren will.

Sie zweifeln also an Martin Schulz' Glaubwürdigkeit?

Das Misstrauen, dass es sich um bloße Wahlversprechen handelt, ist da. Immerhin wäre es nicht das erste Mal, dass die SPD im Wahlkampf ihr soziales Herz entdeckt, aber danach nichts einlöst. Zumal die SPD noch vor der Wahl beweisen könnte, dass es ihr ernst ist mit einem Neubeginn. Die weitere Rentenprivatisierung durch die Reform der betrieblichen Altersvorsorge und die geplante Grundgesetzänderung, die eine Teilprivatisierung der Autobahnen ermöglicht, stehen in klarem Kontrast zu Schulz' Gerechtigkeitsrhetorik. Beides wird aber unverändert von der SPD in der Regierung mitgetragen. Schulz könnte außerdem seine Glaubwürdigkeit unter Beweis stellen, indem die Sozialdemokraten die aktuell vorhandene Mehrheit mit den Grünen und uns nutzen, um gravierende Ungerechtigkeiten noch vor der Bundestagswahl im September abzustellen - etwa durch ein Verbot sachgrundloser Befristungen.

Für Rot-Rot-Grün im Bund wird es nach derzeitiger Lage nicht reichen.

Wie wollen Sie wieder in die Offensive kommen?

Eine soziale Wende wird es nur geben, wenn die Linkspartei sehr stark wird. Schulz lässt sich ja ausdrücklich alle Koalitionsoptionen offen, selbst die mit der CDU/CSU.

Sie fordern ein klares Signal für Rot-Rot-Grün vonseiten der Sozialdemokraten?

Wenn es Schulz ernst meint mit seiner sozialen Agenda, müsste er eine neue Koalition mit der Union ausschließen - zumindest für den Fall, dass es andere Mehrheiten gibt. Schließlich lautet die Begründung dafür, dass die SPD in den vergangenen Jahren ihre Wahlversprechen nicht umgesetzt hat, stets, dass CDU und CSU soziale Reformen verhindert hätten.

Sind Sie für eine Koalition auch zu Kompromissen bereit? Oder bleiben Sie bei der Forderung nach einem Nato-Austritt?

Wir bleiben bei unseren Forderungen, dass sich Deutschland nicht länger an Kriegseinsätzen beteiligt und dass die Aufrüstung gestoppt werden muss. Eine Steigerung der Rüstungsausgaben würde die Linke auf keinen Fall mitmachen. Wir brauchen sofortige Abrüstung und eine friedliche Wende in der Außenpolitik, eine neue Entspannungspolitik gegenüber Russland. Das war auch die Politik von Willy Brandt. Darauf sollte sich die SPD besinnen.

Das Gespräch führte Tobias Schmidt.

Im Interview mit dem *Donaukurier* spricht Sahra Wagenknecht über Martin Schulz, die SPD und einen Politikwechsel für mehr soziale Gerechtigkeit.

Foto: Nicole Teuber

vielen diese Hoffnung geweckt. Aber sie ist bisher überhaupt nicht untersetzt, im Gegenteil. Auf dem Parteitag hat er die Agenda sogar verteidigt. Ansonsten gibt es blumige Worte, aber kaum etwas Konkretes.

Die Verlängerung des Arbeitslosengeldes ist nicht konkret?

Die angekündigte Rücknahme der Agenda 2010 hat sich als bescheidenes Reförmchen entpuppt. Das Arbeitslosengeld Q ist vernünftig. Aber im Kern soll sich an Lohndrückerei, Hartz IV und Rentenkürzungen nichts ändern.

Wird der sogenannte Schulz-Effekt demnach bald in sich zusammenfallen?

Je mehr die Leute hinschauen, umso klarer werden sie merken: Da ist gar nicht so viel Neues bei der SPD. Teilweise bleibt Schulz sogar hinter früheren SPD-Programmpunkten zurück. 2013 gab es bei

Wir machen die Zeitung zum Film.

Dass Karl Marx auch heute noch Relevanz hat und noch lange nicht alle Geschichten über den Ökonomen und Philosophen erzählt sind, zeigte der Kinostart von „Der junge Karl Marx“ mit August Diehl. Wir feiern das cineastische Erlebnis mit einem MARX-ABO: Wer zwei Monate liest, kriegt den Kinobesuch oben drauf. Klarer Fall von Mehrwert also, richtig, Karl?

2 Monate »nd«
+
Kino-Gutschein
nur **39 €***

Bestellen: www.neues-deutschland.de/abo
(030)2978 1800 * Das Angebot gilt nur für NeuabonnentInnen und verlängert sich NICHT automatisch.

neues deutschland **nd**
SOZIALISTISCHE FAKTENZEITUNG

Kein Argument für die Neubildung des Landkreises Oder-Spree

Dr. Artur Pech, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree, in der Debatte des Kreistages am 9. März 2017 zur Stellungnahme des Landkreises Oder-Spree zum Referentenentwurf für ein Kreisneugliederungsgesetz



Dr. Artur Pech,
Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE
im Kreistag Oder-
Spree, Vorsitzender
des Ausschusses für
Haushalt und Finan-
zen des Kreistages

Die Diskussion über eine Kommunalreform im Land Brandenburg zieht sich nun schon einige Jahre hin. In dieser Zeit wurde viel Richtiges aber auch viel nicht Belegbares zu diesem Thema gesagt. Unstrittig dürfte sein, dass Verwaltungen den sich über die Jahre verändernden Verhältnissen folgen und sich damit auch selber ändern muss.

Abstrakte Überlegungen zum Lauf der Welt sind aber heute nicht unser Thema. Der Kreistag hat sich vielmehr zum vorliegenden Entwurf eines Kreisneugliederungsgesetzes zu verhalten. Auch aus der Sicht des Vorsitzenden des Finanzausschusses möchte ich dazu einige knappe Bemerkungen machen.

Als vor rund eineinhalb Jahrzehnten die Sparkasse in Frankfurt (Oder) in Probleme kam, hat dieser Kreistag nicht gezögert, den Ausweg über eine Fusion der beiden Sparkassen zu finden. Wir waren und wir sind also nicht von Vorbehalten gegen diese Stadt getrieben.

In den letzten Jahren war in der Öffentlichkeit der Widerstand der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) gegen den Verlust ihrer Kreisfreiheit immer wieder deutlich zu vernehmen. Im Gegenzug wurden der Stadt die finanziellen Vorteile einer solchen Änderung nahe gebracht. Das betraf zu einem wesentlichen Teil den Wegfall von jährlich rund 70 Mio. € für künftig beim Landkreis liegende Aufwendungen.

Nach einer längeren und nicht in allen Einzelheiten nachvollziehbaren Rechenkette sollte sich als Ausgleich für den Verlust der Kreisfreiheit für die Stadt eine Entlastung ihres Haushaltes zwischen 15 und 19 Mio. € im Jahr ergeben. Dieser Wert ist mindestens insoweit plausibel, als entsprechende Berechnungen aus derselben Quelle für den Landkreis zu Mehrbelastungen zwischen 15 und 19 Mio. € im Jahr kamen.

Für den Landkreis gab es dabei drei Anmerkungen sehr unterschiedlicher Art:

1. An der Tatsache und an der Größenordnung der auf den Land-

kreis zukommenden Mehraufwendungen gibt es von keiner Seite Zweifel.

2. Zugleich wird aber darauf verwiesen, dass ja vom Land 150 Mio. € zur Entlastung der Landkreise von den Folgen der Kreisneugliederung bereit gestellt werden.
3. Es wurde auf die erhofften Effekte der Kreisreform verwiesen, die ja auch für den Landkreis Oder-Spree Einsparungen bringen sollen.

Wenn beim Landkreis Mehrbelastungen von mindestens 15 Mio. € pro Jahr ankommen und wenn das Land zur Finanzierung der Kommunalreform für die verbleibenden Landkreise über die Zeit von 5 Jahren 150 Mio. € bereit stellt, dann würde ein finanzieller Ausgleich über 5 Jahre schon für dem Landkreis Oder-Spree die Hälfte der vom Land geplanten Summe erfordern. Damit kann niemand ernsthaft rechnen. Da müssten die kreisangehörigen Städte und Gemeinden über die Kreisumlage einspringen. Mit Blick auf die dann anstehenden Beträge erscheint die Diskussion, mit der die kreisangehörigen Städte und Gemeinden in der vorigen Woche für eine Absenkung der Kreisumlage im Jahre 2017 eintraten, geradezu kleinkariert.

Und was den Verweis auf Einspareffekte betrifft, stehen sich zwei Positionen gegenüber:

Wissenschaftliche Untersuchungen haben als Effekt solcher Reformen Einsparungen von 1 bis 2 Prozent ausgemacht. Gerade weil das so ist, wird in der letzten Zeit dieser Seite der Sache keine größere Aufmerksamkeit mehr geschenkt. Darüber hinaus aber wird uns die Zahl der Beschäftigten der Kreisverwaltung pro 1000 Einwohner entgegen gehalten, wie sie bereits jetzt im Kreis Oberhavel besteht. Wenn wir die im Zuge der Kreisneugliederung auch erreichen, dann würden wir den uns zugemuteten Mehraufwand locker refinanzieren.

Wenn man einmal von den unterschiedlichen Problemen z.B. im Bereich der Arbeitslosigkeit absieht,

so scheint dieses Argument zunächst plausibel. Ein Vergleich der Ist-Zustände von Oberhavel und Oder-Spree vor der Reform ist allerdings tatsächlich kein Argument für eine Auflösung des Landkreises Oder-Spree und die Neubildung eines Landkreises gleichen Namens unter Einbeziehung der Stadt Frankfurt (Oder).

Abschließend noch eine Anmerkung: Ich kann einige Teile des heute zur Debatte stehenden Referentenentwurfs nicht ernst nehmen. So zu Beispiel, wenn es in der Begründung für die Neubildung eines Landkreises Oder-Spree auf S. 323 wörtlich heißt: „Alle Gemeinden des bisherigen Landkreises Oder-Spree sowie die bisher kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) werden zu einem neuen Landkreis zusammengeschlossen. Dafür wird der bisherige Landkreis Havelland gemäß § 1 Absatz 3 aufgelöst und die Kreisfreiheit der Stadt Frankfurt (Oder) aufgehoben.“

Im Vergleich dazu erscheint das sprichwörtliche Gemisch von Kraut und Rüben geradezu als Ausfluss preußischer Ordnung.

Der Beschluss mit der Stellungnahme zum Kreisneugliederungsgesetz wurde vom Kreistag ohne Gegenstimmen bei zwei Enthaltungen gefasst.

Weitere Informationen auf der Veranstaltung der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree (siehe Seite 15):
Kreisgebietsreform: Probleme und Positionen
25.4., 18–20 Uhr,
Fürstenwalde,
Am Bahnhof 1

DOKUMENTIERT

Beratung und Beschlussfassung einer Stellungnahme des Landkreises Oder-Spree zum Referentenentwurf des Kreisneugliederungsgesetzes

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag lehnt sowohl die Auflösung des Landkreises Oder-Spree und die Neubildung eines Landkreises Oder-Spree unter Einbeziehung der Stadt Frankfurt (Oder) als auch das dafür gewählte Verfahren ab (§§ 1 und 7 des Referentenentwurfs). Das Ergebnis wäre ein finanziell geschwächerter Landkreis. Die übrigen kreisangehörigen Städte und Gemeinden würden durch drastische Steigerungen bei der Kreisumlage finanziell stark eingeschränkt und wirtschaftlich erheblich leiden. Für die auch verfahrensseitige Benachteiligung des Landkreises Oder-Spree ist „Einkreisung“ eine irreführende Bezeichnung.
2. Der Kreistag beschließt die im Anhang befindliche Stellungnahme der Verwaltung.

„Der nächste Schritt zur Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses muss kommen“

Neuer Unterhaltsvorschluss soll zum 1. Juli eingeführt werden/Bundestag muss entscheiden



Für viele Kinder wird die neue Unterhaltsvorschlussregelung ein Geschenk sein, aber fehlender Unterhalt bleibt für sie ein Armutsrisiko. Foto: bc

Die Reform des Unterhaltsvorschlusses (UVG) soll zum 1. Juli 2017 in Kraft treten, diesen Antrag der Bundesregierung beschloss der Bundesrat im Februar. Nun muss der Bundestag endgültig entscheiden. *„Brandenburg hat dem Vorschlag zugestimmt, aber seine Kritik in einer Protokoll-*

erklärung festgehalten“, darauf verweist Brandenburgs Sozialministerin Diana Golze (DIE LINKE). Bisher zahlt der Staat Unterhaltsvorschluss für Kinder, für die ein Elternteil keinen Unterhalt zahlt, bis zum 12. Lebensjahr und höchstens 6 Jahre lang. Die Neuregelung bedeutet nun: Anspruch auf Unterhaltsvorschluss sollen Kinder bis zum 18. Lebensjahr haben – und zwar auch bis zu 18 Jahre lang. *„Ich begrüße diese beiden wichtigen Fakten, für die ich mich jahrelang im Bundestag engagiert habe“, freut sich Diana Golze. „Endlich endet der Bezugszeitraum nicht mehr nach 6 Jahren und endlich sollen auch Kinder über 12 Jahren diese staatliche Ersatzleistung für ausbleibenden Elternunterhalt bekommen.“*

Das liest sich erstmal gut. Aber der Schritt in die richtige Richtung, um Kinderarmut einzudämmen, ist doch eher klein ausgefallen. Denn der Pferdefuß steckt im Detail: Unterhaltsvorschluss für Kinder zwischen 12 und 18 Jahren wird nämlich nur dann gezahlt, wenn das Kind nicht auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen ist oder der alleinerziehende Elternteil bei Hartz-IV-Bezug ein eigenes Einkommen von mindestens 600 Euro brutto erzielt. Sprich: Nur so genannte „Aufstocker“ oder Menschen mit höherem Einkommen haben einen Anspruch. Auch Väter oder Mütter,

die verheiratet sind – entweder mit dem ehemaligen oder einem neuen Partner, gehen leer aus (das gilt auch bisher schon). In der Stellungnahme Brandenburgs im Bundesrat heißt es daher eindeutig, dass die Neuregelung deshalb kritisiert wird, *„weil damit der Unterhaltsvorschluss für Kinder ab dem vollendeten 12. Lebensjahr im Ergebnis in eine bedürftigkeitsabhängige Leistung ... umgewandelt wird.“* Es bestünde damit die Gefahr, dass das SGB-II-Prinzip des Forderns und Förderns ins Unterhaltsrecht verlagert wird. Die Rot-Rote Landesregierung befürchtet damit eher eine Verfestigung des SGB-II-Leistungsbezuges und damit eine weitere Stigmatisierung betroffener Familien.

Die Bindung an das Einkommen des betreuenden Elternteils scheint dabei genauso willkürlich wie zuvor die Regelung, zum 12. Geburtstag die Zahlung einzustellen. *„Die Einschränkungen für Kinder, deren alleinerziehende Eltern über kein eigenes oder nur ein geringes Einkommen verfügen, sind der Wermutstropfen“,* betont Ministerin Diana Golze. *„Wir wissen, dass etwa die Hälfte der Alleinerziehenden keinen oder zu wenig Unterhalt bekommt. Und ein großer Teil der Alleinerziehenden ist auf Arbeitslosengeld II angewiesen. Doch auch deren Kinder sollten von der Ausweitung des UVG profitieren. Dieser nächste Schritt muss kommen, vielleicht auf Initiative einer neuen Bundesregierung nach der Wahl im September. Grundlage dafür könnte die von Brandenburg im Bundesrat geforderte Evaluation des UVG sein.“*

„Auf Bundesebene rechnet man zurzeit damit, dass 260 000 Kinder Leistungen nach dem UVG beanspruchen können, überschlagsmäßig wird von 790 Millionen Euro ausgegangen“, erläutert Jutta Bargenda (DIE LINKE), Mitglied des Jugendhilfeausschusses des Kreistages Oder-Spree, wo versucht wird zeitnah auf die Entwicklungen zu reagieren. Denn der Kreis ist Auszahlstelle des Unterhaltsvorschlusses.

Schaut man auf die Zahlen, könnte man auf die Idee kommen, dass sich mit der neuerlichen Beschränkung für die Kinder nach dem 12. Geburtstag rein fiskali-

sche Erwägungen durchgesetzt haben. Denn Unterhaltsansprüche der Kinder teilen sich bis zum 18. Geburtstag in drei Gruppen und der Anspruch der 12- bis 18-Jährigen ist natürlich am höchsten. So liegt der gesetzliche Mindestunterhalt, für den alle Unterhaltspflichtigen in hohem Maß aufkommen müssen, bei derzeit 342 Euro für 0- bis 5-Jährige, 393 Euro für 6- bis 11-Jährige und 460 Euro für 12- bis 17-Jährige. Abgezogen wird davon das hälftige Kindergeld, so dass die Zahlbeträge 246 Euro, 297 Euro bzw. 364 Euro betragen.

Nach diesem Mindestunterhalt richtet sich auch die Höhe des Unterhaltsvorschlusses. Hier wird der Mindestunterhalt abzüglich des vollen Kindergeldes angesetzt. Im Endeffekt erhalten damit Kinder vom Staat insgesamt den gesetzlichen Mindestunterhalt: Das Kindergeld zuzüglich des Unterhaltsvorschlusses, wenn ein Elternteil nicht zahlen kann oder will. Daraus ergeben sich zurzeit: bis zum 6. Geburtstag 150 Euro, vom 7. Lebensjahr bis zum 12. Geburtstag 201 Euro und künftig wären es dann vom 13. Lebensjahr bis zum 18. Geburtstag 268 Euro (460 € – 192 Euro Kindergeld). Im Übrigen heißt das auch: Unterhaltsvorschluss wird ergänzend gezahlt. Kann zum Beispiel ein Vater für sein 8-jähriges Kind nur 100 Euro Unterhalt zahlen (weil sein Einkommen zu gering ist oder mehrere leibliche Kinder zur versorgen sind), dann zahlt die Unterhaltsvorschlusskasse ergänzend 101 Euro.

Die Verknüpfung des Unterhaltsvorschlusses mit dem Einkommen desjenigen Elternteils, bei dem das Kind lebt, geht wieder auf Kosten der Kinder: Denn Unterhaltsvorschluss könnte tatsächlich dazu beitragen, dass Kinder vor Armut geschützt werden. Wenn er eben vorbedingungsfrei gezahlt werden würde. Die nun eingeführte Bedingung könnte auch ein Bürokratiemonster schaffen. Jedenfalls müssten dann künftig die Einkommensverhältnisse des antragstellenden Elternteils geprüft

werden, wenn das Kind 12 Jahre alt geworden ist. Bisher kann Unterhaltsvorschuss mit Geburtsurkunde und Meldebescheinigung des Kindes und nötigenfalls der Vaterschaftsanerkennung beantragt werden. Alle Auseinandersetzungen mit einem möglicherweise zahlungsunwilligen oder zahlungsunfähigen Elternteil kann das Jugendamt auf Antrag in Form einer Beistandschaft übernehmen. Und – wenn möglich – auch Unterhaltszahlungen zurück fordern. Das ist in vielen Fällen eine echte Hilfe. „Im Oder-Spree-Kreis geht man von einer Erhöhung um etwa 60 Prozent der anspruchsberechtigten Kinder aus – im Vergleich zum 31. 12. 2016, da gab es 1406“, erläutert Jutta Bargenda. „Wie sich der Bedarf künftig in Bezug auf Beistandschaften und Beratungsleistungen des Jugendamtes auswirkt, ist zurzeit nicht absehbar.“ Schwer einzuschätzen dürfte auch die Zahlung von ergänzendem Unterhaltsvorschuss sein, vor allem im Osten, wo die Leistungsfähigkeit Unter-

haltungspflichtiger oft unter dem Mindestunterhalt liegt.

Ein Blick ins Nachbarland Österreich lohnt sich: Hier wird vorbedingungslos Unterhaltsvorschuss gezahlt. Der Staat hat sich hier allerdings auch andere Möglichkeiten gegen Zahlungsunwillige (nicht Zahlungsunfähige!) gesichert. Das scheint ein guter Weg zu sein. Und dort wird zurzeit die Debatte geführt, Unterhaltsvorschuss bis zum 21. Lebensjahr auszudehnen. Vorbedingungslos.

Es gibt einen weiteren Pferdefuß – der allerdings nicht am Unterhaltsvorschuss liegt, sondern am System der SGB-II- und SGB-XII-Gesetze. Wie jedes andere Einkommen auch, muss Unterhaltsvorschuss auf diese staatlichen Leistungen angerechnet werden. Hier gibt es keine Ausnahme, obwohl es sich um Leistungen für Kinder handelt. (In der vor „Hartz IV“ geltenden Sozialhilfe wurde der Anspruch aller Haushaltsangehörigen gesondert berechnet. Das

konnte dazu führen, dass Kinder Einkommen über dem Sozialhilfefestsetz hatten, zum Beispiel durch Unterhalt. Dies wurde dann nicht zur Deckung des Bedarfs der Haushaltsgemeinschaft herangezogen. Es gab also schon einmal ein besseres System. Diese Abschaffung war übrigens ein Kritikpunkt der LINKEN bei der Einführung der Hartz-IV-Gesetze.) Nun würden also die verlängerten oder höheren Ansprüche der Kinder weiter zur Deckung des Bedarfs einer Haushaltsgemeinschaft herangezogen werden. Der Effekt im Kampf gegen Kinderarmut = Null. „Und es wird mit Einsparungen von 690 Millionen Euro für Leistungen des SGB II gerechnet.“, erläutert Jutta Bargenda.

Will man den Unterhaltsvorschuss ab 1. Juli erhalten, muss der Antrag bis 31. Juli 2017 gestellt werden. Wird der Antrag später gestellt, wird faktisch immer ab dem Monat gezahlt, in dem der Antrag gestellt wurde.

bc

„Land im Vorwärtsgang“

Halbzeitbilanz der Landesregierung Brandenburg

Als ein „starkes und lebenswertes Land im Vorwärtsgang“ bezeichneten Ministerpräsident Dietmar Woidke und stellvertretender Ministerpräsident, Finanzminister Christian Görke, die Halbzeit der Wahlperiode. In der Zeit von Ende 2014 bis Anfang 2017 wurde nach Einschätzung der Landesregierung viel erreicht: „Die Landesregierung hat in fairer und kollegialer Zusammenarbeit mit Umsicht und sozialem Augenmaß die Entwicklung energisch und zielstrebig vorangebracht“, betonten die Beiden. Der Pressemitteilung ist zu entnehmen:

„So hat die Arbeitslosigkeit neue Tiefststände erreicht. Sie lag im Jahresdurchschnitt 2016 mit acht Prozent so niedrig wie nie seit Anfang der 1990er Jahre. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten steigt. Beim Wirtschaftswachstum zählt Brandenburg inzwischen zu den Spitzenreitern in Deutschland – im ersten Halbjahr 2016 mit 2,9 Prozent Wachstum auf Platz 3 der 16 Bundesländer. (...)“

Beispiel Bildung: Der Betreuungsschlüssel in den Kitas ist im Bundesvergleich sehr hoch. Brandenburg hat den Personalschlüssel

für die Betreuung der unter Dreijährigen verbessert, allein 2015 und 2016 wurden über 900 neue Stellen geschaffen. In den Schulen wurden seit Beginn der Wahlperiode etwa 2000 Lehrkräfte neu eingestellt, das werden bis Ende des Schuljahres 2017/18 rund 1000 mehr sein als Altersbedingt in diesem Zeitraum aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind. Zunehmend wird es jedoch zum Problem, ausgebildete Fachkräfte für Kitas und Schulen zu finden. Deshalb wurden die Ausbildungsplätze erhöht. (...)“

Görke hob angesichts der Investitionen in Bildung und gegen Armut hervor, dass die Landesregierung damit zentrale Punkte des Koalitionsvertrages begonnen habe abzuarbeiten. „Wir sind noch nicht am Ziel, aber Brandenburg ist mit Rot-Rot auf einem guten Weg zu einem sozialeren Brandenburg.“ (...)“

Nach Worten von Woidke und Görke ist bei der Aufnahme und Integration vieler Tausender Flüchtlinge eine sehr gute Arbeit geleistet worden. Dank gelte dabei insbesondere den Kommunen und den vielen Tausend ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern.



Die Daten und Fakten wurden von der Staatskanzlei in einer ausführlichen Broschüre zusammengefasst: <http://www.brandenburg.de/de/halbzeitbilanz/bb1.c.491740.de>

Quelle für Text und Bild: www.brandenburg.de

Alle Themen der Halbzeitbilanz

1. Gute Arbeit
2. Starkes Wachstum
3. Enkeltaugliche Finanzen
4. Liebevolle Kitas
5. Bessere Bildung
6. Mehr Sicherheit
7. Intakte Kommunen
8. Breitband für alle
9. Klug Forschen
10. Bündnis für Brandenburg
11. Sport ganz groß
12. Musikschulen
13. Seenland in Bürgerhand
14. Gesund aufwachsen
15. Gutes Altern: Pflegeoffensive
16. Gut unterwegs: Mobilitätsstrategie
17. Immer beliebter: Tourismus in Brandenburg
18. Unser Weg nach vorn

Schöneburg zeichnet mit Preißler-Preis aus



Teilnehmer der „Offenen Schreibwerkstatt Beeskow“ bei der Preisverleihung, links im Vordergrund Florentine Nadolni, Volkmar Schöneburg, Christoph Huth

Text: Franziska Schneider, Foto: Christoph Ulbricht

Volkmar Schöneburg hat zum dritten Mal den von ihm gestifteten Helmut-Preißler-Preis verliehen. Im Rahmen der „Offenen Schreibwerkstatt Beeskow“ findet einmal im Jahr die Auszeichnung der besten Arbeiten statt.

In der eineinhalbstündigen Veranstaltung am 3. März 2017 auf der Burg Beeskow wurden insgesamt zwölf Texte gelesen.

Den ersten Preis von 200 Euro erhielt Christoph Huth für sein Gedicht „Joachim Witts Goldener Reiter“ über die Unterbringung in der Psychiatrie.

Kerstin Welke bekam den zweiten Preis von 100 Euro für ihren Prosatext „Was bleibt“, der Erinne-

rungen an die Reichspogromnacht 1938 thematisierte. Der Abend wurde musikalisch umrahmt von Eva Schubert.

Die „Offene Schreibwerkstatt Beeskow“ wurde 2011 von Carmen Winter gegründet und wird vom Burgförderverein unterstützt. Einmal monatlich treffen sich die Hobbyschreiber auf der Burg Beeskow, lesen und diskutieren ihre Beiträge aus Lyrik und Prosa. Insgesamt 39 Teilnehmer hatte die Schreibwerkstatt bisher. Der Jury, bestehend aus Carmen Winter, Florentine Nadolni (Leiterin der Burg Beeskow) und Volkmar Schöneburg, ist die Entscheidung 2017 nicht leicht gefallen.

Zwei Abgeordnete und Tränen im Kinosaal

Es war ein Kinoerlebnis der besonderen Art. Die Taschentücherpackungen wurden durch die Reihen



Thomas Nord (v.l.), Romy Neupert und Volkmar Schöneburg

gereicht und ein kollektives Schluchzen füllte den Saal. Am Dienstagabend haben die Bundes- und Landtagsabgeordneten Thomas Nord und Volkmar Schöneburg zur kostenlosen Filmvorführung „Eine unerhörte

Frau“ eingeladen. Die Bäuerin und dreifache Mutter Hanni kämpft darin um das Leben ihrer Tochter Magdalena, die viel zu klein und schwächlich für ihr Alter ist, sich oft übergibt und über starke Kopfschmerzen klagt. Mutter und Tochter werden von Arzt zu Arzt weitergereicht, die Diagnosen Migräne, psychische Instabilität wechseln sich ab oder Magdalena wird vorgehalten, alles nur vorzutauschen, um Aufmerksamkeit zu erlangen. Hanni fühlt sich an ihre eigene Kindheit erinnert, wo ihr ihre eigene Mutter nicht geglaubt hat, dass sie vom Nachbarsjungen vergewaltigt wurde. Hanni, überzeugend gespielt von Rosalie Thomass, setzt

sich enttäuscht selbst vor Medizinbüchern und studiert diese. Voller Verzweiflung und Wut kämpft sie für ihre Tochter: „Ich habe das Gefühl, bei meinem Kind ist es fünf vor zwölf und bei Ihnen schaut kein Arzt auf die Uhr.“ Regisseur Hans Steinbichler erzählt mit ausdrucksstarken Bildern die wahre Geschichte von Angelika Nachtmann, die ihre Erinnerungen in dem Buch „Nicht gehört - fast zerstört“ niedergeschrieben hat.

DIE LINKE setzt sich seit Jahren für eine Krankenversicherung für alle ein, in der jeder denselben Anspruch auf die erforderlichen medizinischen Leistungen hat. Wie nah der Film an der Realität und wie wichtig die Forderung einer einheitlichen Versicherung sind, zeigte der anschließende kurze Austausch über das Thema und die eigenen Erfahrungen aus dem Publikum. Leistungen, für die die Krankenkassen nicht zuständig sind, die aber der vorzeitigen Erkennung von Krankheiten dienen können oder auch Medikamentenzuzahlungen insbesondere für Kinder und Einkommensschwache, müssen endlich der Vergangenheit angehören.

Obwohl es nicht die erste Filmvorführung der Abgeordneten war, war es mit Abstand die emotionalste.

Franziska Schneider
Foto: Christoph Ulbricht

„Diese Antworten ist Martin Schulz bisher schuldig geblieben“

Sahra Wagenknecht im Interview mit Marcel Leubecher zur Saar-Wahl („Die Welt“, 27.3.2017)

Sind Sie mit dem 13-Prozent-Ergebnis zufrieden?

Ich freue mich über das gute zweistellige Ergebnis der Linken im Saarland. Noch besser wäre natürlich eine Mehrheit für eine rot-rote Regierung gewesen. Leider ist die SPD deutlich unter den Prognosen geblieben.

Ist der Schulz-Zug also gestoppt?

Martin Schulz hatte bei vielen anfangs die Hoffnung geweckt, dass die SPD sich mit ihm von ihrer Sozialabbaupolitik verab-



Zeichnung: Gertrud Zucker

schieden würde. Aber allmählich merken die Menschen, dass diese Hoffnung verfrüht war.

Was erwarten Sie von ihm?

Wer mit dem Anspruch antritt, dieses Land gerechter zu gestalten, muss konkret sagen, was er gegen die zunehmende soziale Spaltung, gegen prekäre Jobs, schlechte Renten und Hartz-IV-Armut tun will. Diese Antworten ist Martin Schulz bisher schuldig geblieben. Wenn das so bleibt, dürften die SPD-Ergebnisse in diesem Wahljahr noch öfter enttäuschen.

Linkskurs gestärkt – Segel setzen

 von
 Kristina Geisler,
 Basisorganisation
 Beeskow, Parteitagsg-
 delegierte

Der um eine Stunde verkürzten Nacht zum Trotz waren die 116 DelegiertInnen der 2. Tagung des 5. brandenburgischen Landesparteitags der LINKEN ausgeschlafen genug, ihr Pensum am vergangenen Sonntag zu erfüllen. Es sollte das letzte Mal vor der kommenden Bundestagswahl im Herbst 2017 sein, dass man sich traf. So waren am Vortag zunächst MitgliederInnen und SympathisantInnen in die Wahlwerkstatt nach Potsdam eingeladen, um dann am 26. März konkrete brandenburgische Themen anzugehen.

Zur Begrüßung im Kongresshotel am Templiner See bediente sich der Landesvorsitzende Christian Görke nur zu gern maritimer Redewendungen: Man solle bei Wind nicht im Hafen bleiben, sondern die Segel setzen und sich den Herausforderungen stellen. Und obwohl die Besatzung der LINKEN das Regierungsschiff bis zur Halbzeit keineswegs hatte in Seenot geraten lassen, hieß das Motto „Frauen und Kinder zuerst!“. Nachdem von Christian Görke eine positive Bilanz der Jahre 2014–2017 gezogen worden war – nachzulesen in einer Handreichung der Landesregierung (siehe Seite 7 unten) –, kündigte er überraschend an, dass man ab August 2018 in allen brandenburgischen Kindereinrichtungen den Elternbeitrag für das erste Jahr erlassen wolle. In der Generaldebatte stellte daraufhin Gerit Große, Sprecherin für Kinder-, Jugend- und Kulturpolitik, einen entsprechenden Initiativantrag, der als erster Schritt zu einer kostenlosen Kinderbetreuung einstimmig angenommen wurde.

Zudem legte die LAG LINKE Frauen zusammen mit dem Landesverband rechtzeitig vor den kommenden Wahlkämpfen das „Konzept zur Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit im Landesverband Brandenburg“ vor, um die gleichberechtigte Teilnahme der Frauen an der politischen Arbeit insbesondere in unserer Partei zu erleichtern. Seinen Ausdruck fand dieser Anspruch nicht zuletzt in dem Antrag, künftig auch „zwei Landesvorsitzende unter Berücksichtigung der Mindestquotierung“ als Doppelspitze einsetzen zu können. Für eine dementsprechende Änderung der Satzung DIE LINKE Brandenburg votierten 105 von 112 anwesenden DelegiertInnen. (Ein ähnliches Ergebnis erhielt auch Anja Mayer, die sich erfolgreich der Wahl zur Landesgeschäftsführerin gestellt hatte.)

Kommunale Selbstverwaltung stärken

Unter dem Titel „Brandenburg gestalten – Kommunale Selbstverwaltung und Demokratie stärken“ ging schließlich der am meisten diskutierte Antrag dieser Par-

teitagstagung in die Beschlussdebatte: Auf diesen bezogen sich allein vier weitere Änderungsanträge, die alle – wie auch der Antrag selbst – die Zustimmung der DelegiertInnen fanden. Angesichts der auch auf der 2. Tagung thematisierten Verwaltungsstrukturreform wurden hier Chancen zur demokratischen Mitbestimmung aufgezeigt, die nicht zuletzt Änderungen der brandenburgischen Kommunalverfassung zur Folge hätten. Man wolle sich dafür einsetzen, vor allem Bürgerbegehren und Bürgerentscheide zu erleichtern. Die kommunalen Fraktionen und die einzelnen, zumeist ehrenamtlich tätigen KommunalvertreterInnen seien zu unterstützen, die Ortsteile mit eigenen Budgets auszustatten, die Anliegen der Dorfbewegung zu fördern, die Verwaltungen bürgernah zu gestalten.

Antrag der LOS-Delegierten findet Zustimmung

Ergänzungen wurden hier vor allem von jenen eingebracht, die ihre Interessen nicht genügend gewürdigt sahen und daher um mehr Mitwirkung rangen, so die VertreterInnen verschiedener Beiräte, die Sorben/Wenden und wiederum die Frauen. Erfreulich ist, dass auch der Änderungsvorschlag von vier DelegiertInnen des Landkreises Oder-Spree – Artur Pech, Helga Losch, Rita-Sybille Heinrich und Heidi Wiechmann – auf Zustimmung traf: Es ginge darum, „die Verwaltungsstrukturreform so zu gestalten, dass zusätzliche finanzielle Belastungen für die bereits jetzt kreisangehörigen Städte und Gemeinden verhindert werden“. Dieser Passus mit Blick auf die Kreisneugliederung fand Eingang in den Antrag.

„Prävention und Therapie statt Prohibition und Bestrafung“ – bereits die Überschrift zum Antrag von MitgliederInnen vor allem aus den Reihen der Linksjugend [solid] Brandenburg umschrieb den Kern des Anliegens, Cannabis auch im Land Brandenburg zu entkriminalisieren. Eine gesundheitsorientierte Drogenpolitik solle das bisherige Verbot ersetzen. Auch die DelegiertInnen waren der Meinung, der Landtagsfraktion diesen Auftrag erteilen zu müssen, und stimmten mehrheitlich zu. Dieselben AntragstellerInnen machten sich zudem stark dafür, dass sich DIE LINKE Brandenburg für die Belange von Azubis einsetzen und mit ihnen um das Recht auf eine existenzsichernde Bezahlung kämpfen solle. Auch diesem Antrag wurde in veränderter Form zugestimmt.

„Haltestelle Dorf“ – kein Randproblem

Mittlerweile gehört es zum guten Ton, auf unseren Landesparteitagen bestimm-

ten Themen ein Forum zu geben – diesmal stand das Leben im ländlichen Raum auf dem Programm. Bereits mit dem leistungswerten Konzeptpapier „Neue Wege übers Land!“ wurde der Einstieg in eine interessante Podiumsdiskussion gefunden. Die Agrarpolitische Sprecherin unserer Bundestagsfraktion Dr. Kirsten Tackmann, Andreas Büttner und Anke Schwarzenberg erläuterten, dass trotz des demografischen Wandels für die meisten BrandenburgerInnen der ländliche Raum eben jene Heimat sei, die es in ihrer Vielfalt zu erhalten gelte. „Haltestelle Dorf“ – der vom Kreisverband Märkisch-Oderland kreierte Begriff fasste das Problem gut zusammen: Ist das Dorf jene Haltestelle, wo man abfährt, um nicht zurückzukehren? Steigen hier nur noch Touristen aus- und ein? Oder aber gibt es Gründe, ganz bewusst aufs Land zu kommen, um zu bleiben?

Bereits 2015 wurde im Land Brandenburg eine Enquete-Kommission zum ländlichen Raum gebildet, der DIE LINKE nunmehr ihren Stempel aufdrücken müsse. Das Leben auf dem Land solle in jeder Hinsicht lebenswerter werden. Deshalb ziele auch die Verwaltungsstrukturreform auf eine Reorganisation, um alle Kommunen (wieder) in die Lage zu versetzen, sich vor allem in finanzieller Sicht selbst zu verwalten.

Doch wie sicher fühlt sich eine Brandenburgerin oder ein Brandenburger, wenn das Versprechen, dass es den Kindern besser gehen werde, nicht mehr eingehalten werden könne, wie Ralf Christoffers, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Landtag, in seiner Rede zu bedenken gab? Mehr denn je hinge unser Wohl davon ab, ob Europa als Ganzes friedlich, sozial und mit offenen Grenzen zu gestalten sei. Deshalb dürfe DIE LINKE Europa nicht aufgeben und der Renationalisierung opfern. Sie müsse sich vor allem der allgegenwärtigen Aufrüstung entgegenstemmen. Eine von den Delegierten per Akklamation verabschiedete Resolution, an den diesjährigen Ostermärschen teilzunehmen, rief dazu auf.



Anja Mayer wurde mit 90,3 Prozent (102 Ja, 8 Nein, 3 Enthaltungen) zur neuen Landesgeschäftsführerin gewählt.

Die Ergebnisse des Landesparteitages können im Internet nachgelesen werden: http://www.dielinke-brandenburg.de/nc/partei/parteitag/5_landesparteitag/2_tagung/

Karl-Marx bleibt aktuell

LINKE Fürstenwalde gedenkt Karl Marx an seinem Todestag

von
Stephan Wende,
Fraktionsvorsitzen-
der der LINKEN in
der SVV Fürsten-
walde, Mitglied des
Kreistages Oder-
Spree

Zur Zeit ist eher der junge Karl Marx, dank des hervorragenden Kinofilms von Raoul Peck, in vieler Munde. DIE LINKE in Fürstenwalde gedachte traditionell an seinem Todestag – am 14. März – des großen Philosophen. Am Gedenkstein, der in den politischen Wirren der Wendejahre das Porträt von Karl Marx verlor und das durch fleißiges „Dickebretter-Bohren“ und Spenden sammeln der LINKEN in Fürstenwalde wieder hergestellt wurde, legten Mitglieder des Ortsvorstandes und der Stadtfraktion ein Blumengebilde nieder.



14. März 2017
– 143. Todestag
von Karl Marx:
Fürstenwalder
LINKE legen am
Karl-Marx-Denk-
mal in der Karl-
Marx-Straße ein
Blumengebilde
nieder

Der Filmemacher Raoul Peck beschreibt die Ursprünge der internationalen sozialistischen Bewegung, die Entstehung des Bundes der Kommunisten und seines Gründungsmanifests. Zugleich entwirft der Film das Porträt zweier ungestümer junger Männer, die fest an die Vision einer humanen Gemeinschaft und die revolutionäre Kraft der Ausgebeuteten und Unterdrückten glauben. Ein Riesendank an unsere Abgeordneten Thomas Nord und Volkmar Schöneburg, die als Paten den Film gleich in drei Kinos in Oder-Spree holten.

Dabei ist es beliebt, sich über Karl Marx lustig zu machen. Vor allem Mainstream-Ökonomen finden es immer wieder amüsant, dass es nicht zu jenem Massenelend gekommen ist, das Marx prognostiziert hatte. So höhnte der Nobelpreisträger Paul Samuelson: „Man sehe sich die Arbeiter mit ihren Autos und Mikrowellen doch an – besonders verelendet sehen sie nicht aus.“

Doch auch diesen Spott hat Marx längst überstanden. Marx ge-

hört bis heute zu den meistzitierten Ökonomen, obwohl permanent verkündet wird, dass er historisch überholt sei.

Warum ist Marx so bleibend aktuell? Diese Frage wird 2017 wieder Hochkonjunktur haben, denn es gilt ein Jubiläum zu feiern: Marx' Hauptwerk „Das Kapital“ wird 150 Jahre alt.

Am Stil kann es jedenfalls nicht liegen, dass „Das Kapital“ zu einem Klassiker geworden ist. Das Buch ist fast unleserlich, wie schon Jenny Marx befand. Sie riet einem befreundeten Sozialisten, „die dialektischen Spitzfindigkeiten der ersten Abschnitte“ einfach zu überspringen. Doch obwohl „Das Kapital“ so schwer verdaulich ist, übt es bis heute einen ungeheuren Sog aus. Und glücklicherweise gibt es auch ganz jugendgerechte Versionen des Marx'schen Hauptwerkes. Der Comic-Zeichner Jari Banas brilliert pünktlich zum Jubiläum mit „Das Kapital“ als Comic: Für Einsteigerinnen und Einsteiger.

Karl Marx war der erste Theoretiker, der die Dynamik des Kapitalismus richtig beschrieben hat: Die moderne Wirtschaft ist ein permanenter Prozess – und kein Zustand. Einkommen ist niemals garantiert, sondern entsteht erst, wenn unablässig investiert wird. Der Kapitalist darf niemals ruhen, kann sich nicht am Erreichten freuen, sondern muss die Profite stets erneut investieren, wenn er im Rennen bleiben will. Das Gewinnstreben scheint zum Selbstzweck zu verkommen, oder wie es Marx in einem seiner berühmtesten Zitate formulierte: „Akkumuliert, Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten!“

Indem Marx den systemischen Prozess betonte, die permanente Verwertung, verlor er dem Begriff „Kapital“ eine neue Bedeutung. Bis dahin hatten die Ökonomen „Das Kapital“ als etwas Statisches betrachtet. Geld und Maschinen galten als Vermögenswerte „an sich“, die man mühelos bilanzieren konnte. Bei Marx gab es keine Werte, die irgendwie vorhanden waren. Kapital bildete sich erst, wenn produziert wurde, wenn Güter entstanden, die sich mit Gewinn verkaufen ließen.

Marx' Analyse gilt bis heute, wie aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen: Großkonzerne machen zwar nur ein Prozent der deutschen Firmen aus, aber im Jahr 2012 generierten sie 68 Prozent des gesamten Umsatzes. Gleichzeitig sind 81 Prozent aller Firmen Kleinstbetriebe – aber gemeinsam kamen sie 2012 nur auf ganze 6 Prozent des Umsatzes. Die deutsche Wirtschaft ist also extrem konzentriert; wenige Großkonzerne kontrollieren die gesamte Wertschöpfungskette, von den Rohstoffen bis zum Absatz.

Der Kapitalismus ist zutiefst dialektisch: Die Konkurrenz treibt die Unternehmer an, bis von der Konkurrenz fast nichts mehr übrig ist. Doch obwohl Marx diese Erkenntnis schon vor 150 Jahren formulierte, ist sie im ökonomischen Mainstream noch immer nicht angekommen. Stattdessen träumen die meisten Volkswirte weiterhin von einer „Marktwirtschaft“, die durch „perfekten Wettbewerb“ gekennzeichnet ist.

Es ist kein Zufall, dass die Mainstream-Ökonomen so beharrlich versuchen, Marx zu ignorieren und zu tabuisieren. Wenn sie ihn lesen würden, müssten sie ihre eigene Theorie in den Mülleimer werfen.

Die Beschäftigung mit Marx ist weiterhin geboten, ob im Kino, beim Lesen als Comic oder in einer der vielen Rezensionen. Vielleicht sogar mit dem Original.



Wer findet gewinnt

Ostersonntag sind in Fürstenwalde 60 Ostereier der LINKEN versteckt

Die Fraktionssitzungen der LINKEN in Fürstenwalde gleichen im Moment eher einem großen Bastelkurs. Große Ostereier aus Pappmaché werden gefüllt, beklebt, mit roten Schleifen versehen. Die Stadtverordneten der LINKEN waren in den letzten Wochen fleißig auf der Suche und fündig nach Sponsoren für Ostergeschenke.

Pünktlich zum Ostersonntag werden wir 60 große bunte Ostereier im Stadtgebiet von Fürstenwalde verstecken – gefüllt mit Süßigkeiten oder Gutscheinen von Restaurants und Gaststätten, der Kulturfabrik, dem Schwapp und dem Uni-

on-Kino. Dafür bedanken wir uns bei den Unterstützern der Aktion in der Region ganz herzlich! Die Fürstenwalder und ihre Gäste sind auch in diesem Jahr wieder herzlich eingeladen zur Ostereiersuche in den Fürstenwalder Stadtteilen, aber auch in Trebus und Molkenberg.

So wird der Osterspaziergang zum besonderen Erlebnis. Die großen und kleinen Finder der Ostereier sind gebeten, sich bei der Osterhasen-Hotline der LINKEN zu melden. Auf der facebook-Seite der Fürstenwalder LINKEN (www.facebook.com/DIE-LINKE-Fürstenwalde-Spree-104706682956364/)

wird am Ostersonntag virtuell die Suche nachvollziehbar sein, denn die Gewinner und die Fundorte veröffentlichen wir sofort, wenn die Meldung bei uns eingegangen sind. Dafür ist die Osterhasen-Telefon-Hotline (033 61) 73 61 19 geschaltet. Abzuholen sind die Preise dann am 24. April von 17 bis 20 Uhr im Bürgerbüro der LINKEN „Rote Bank“ in Fürstenwalde. Diese befindet sich in der Mühlenstraße 15, in der ehemaligen Commerzbank. Zeitgleich findet hier die Sprechstunde der Stadt- und Kreistagsfraktion der LINKEN statt.



Am 16. April ein Versteck – wie 2014?

Wenn langjährige, verdiente Stadtverordnete ihr Amt niederlegen, dann ist das oft ein Abschied in Etappen.

Dass wir LINKEN in Fürstenwalde mit Käthe Radom und dem Alterspräsidenten der Stadtverordnetenversammlung, Martin Gollmer, zwei wichtige Kommunalpolitiker verabschieden müssen, fällt uns zwar schwer, aber wir wollen ja noch eine Weile was von ihnen persönlich und natürlich auch von ihren Erfahrungen und Ideen haben. Mit den beiden verlieren wir auch unsere langjährigen Gastgeber des Kaffeemittages, den die Stadtfraktion seit 2008 immer nach jeder Stadtverordnetenversammlung durchführt. Seit vielen Jahren koordinieren sie gemeinsam mit der AG Senioren die Termine des Kaf-

feemittages, informiere über die Arbeit der Stadtverordneten, organisieren die Überraschungsgäste aus Stadt und Kreispolitik und nicht zu vergessen: backen den Kuchen, der beim Kaffeegespräch genüsslich verspeist wird. Danke für alles, liebe Käthe und lieber Martin. Bleibt gesund und uns noch viele Jahre als Rabeber erhalten.

Für beide werden die Kreistagsabgeordnete Jutta Bagenda und unser Fraktionskollege der alten Wahlperiode, Fred-Hagen Grünwald, in die Fraktion nachrücken. Euch beiden unser herzlichstes Willkommen!

*Stephan Wende, Vorsitzender
DIE LINKE Fürstenwalde*



Käthe Radom (stehend links) und Martin Gollmer (stehend rechts) werden von Stephan Wende mit Blumen geehrt.

„Großer Werl“ und „Kleiner Werl“ gehören unter Naturschutz

Die bundeseigenen Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH (BVVG) plante die Inseln „Kleiner Werl“ und „Großer Werl“ im Scharmützelsee zu versteigern. Dagegen regte sich immer mehr Widerstand – besonders bei Naturschützern.

Es ist schon ärgerlich, dass der Bund zu Lasten von Natur und Umwelt seine Kassen füllen möchte. Und dies bei sprudelnden Steuereinnahmen. Der Kreisverband NABU Fürstenwalde hat nun in einem Schreiben an den Umweltminister des Landes Brandenburg, Jörg Vogelsänger, die Ausweisung der beiden Inseln im Scharmützelsee als Naturschutz-

gebiet beantragt. Ebenso hatte er den Minister gebeten, die einstweilige Sicherstellung nach §22 Abs. 3 Bundesnaturschutzgesetz zu prüfen.

Es ist wichtig zu verhindern, dass mögliche Immobilienspekulanten hier zum Zuge kommen, denn deren Interesse liegt in der perspektivischen Verwertbarkeit der Inseln für Wohneigentum. Dies gefährdet die Inselnatur in sich und den Schutzstatus des gesamten Landschaftsschutzgebietes Scharmützelsee.

Das Landschaftsschutzgebiet versucht die in Ihrer Eigenart und Schönheit unterschiedlichsten Bestandteile eines naturna-

hen und etwa 12000 ha großen Landschaftsbildes zusammenzufassen und gemeinsam unter Schutz zu stellen. Bei den genannten Inseln handelt es sich um unbewohnte und seit vielen Jahren nicht oder zumindest sehr wenig genutzte Flächen. Sie sind ökologisch besonders wertvoll, in ihrer Art sehr selten und aufgrund ihrer Lage ein wesentlicher Bestandteil des bestehenden Landschaftsschutzgebietes.

Gerade die Beschreibung im Auktionskatalog liess keine Schwächen auf die besondere Schutzwürdigkeit zu, wodurch private Investoren in Unkenntnis der naturschutzrechtlichen

Nutzungsbeschränkungen hohe Kaufgebote abgeben konnten, um Nutzungsabsichten zu realisieren, die dem eigentlichen Schutzzweck zuwiderlaufen.

Gleichzeitig bereitete der NABU gemeinsam mit den Landesverband vor, die Inseln selber zu erwerben. Dafür wurde ein Spendenkonto eingerichtet und der Naturschutzfond als Partner geworben. Interessenten, die den NABU dabei unterstützen möchten, können sich per E-Mail (info@nabu-brandenburg) weitere Informationen einholen.

*Stephan Wende, Vorsitzender
des NABU-Kreisverbandes, Kreistagsabgeordneter der LINKEN*



Zerstörtes Leben – verlorene Welt

Die Sperrzone um Tschernobyl 30 Jahre nach der Katastrophe



von
Andrea Johlige,
Mitglied des Landtages
Brandenburg

E-Mail-Kontakt:
andrea.johlige@
linksfraktion-bran-
denburg.de

Die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl ereignete sich am 26. April 1986 in Block 4 des Kernkraftwerks Tschernobyl nahe der ukrainischen Stadt Pripjat. Auf der siebenstufigen internationalen Bewertungsskala für nukleare Ereignisse wurde sie als erstes Ereignis der Kategorie katastrophaler Unfall eingeordnet. 30 Jahre nach der Katastrophe ist die Zone um Tschernobyl nahezu menschenleer, die Stadt Pripjat ist eine Geisterstadt, die Natur erobert das Gebiet zurück.

Im Oktober/November 2016 begab ich mich auf eine fotografische Spurensuche in der Sperrzone rund um den havarierten Reaktor. Ein Ergebnis dieser Reise ist eine aufwühlende Ausstellung.

Warum diese Reise nach Tschernobyl? Diese Frage wurde mir in den vergangenen Wochen oft gestellt. Einerseits gehört die Tschernobyl-Katastrophe zu meinen frühesten Kindheitserinnerungen, allein dadurch ist Interesse am Thema vorhanden. Und auch politisch hat mich das Thema „Kampf gegen Atomkraft“ immer begleitet. Andererseits ist es aber auch das Interesse der Fotografin. Verlorene Orte, „lost places“, sind fotografisch eine besondere Herausforderung und versprechen spannende Motive.

Die Entscheidung, diese Reise zu unternehmen, fiel dann aus all diesen Gründen und aus einem weiteren: Ich finde, die Menschen vergessen zu schnell. Vor gerade einmal 30 Jahren passierte dieser Super-Gau und dennoch setzen nahezu alle Industrienationen weiterhin auf Atomkraft. Fukushima hat das Bewusstsein noch einmal geschärft und es bedurfte dieses weiteren katastrophalen Unfalls, um in Deutschland den Ausstieg aus der Kernkraft zu beginnen. Doch es gibt Stimmen, die nach dem Ausstieg vom Ausstieg rufen. Deshalb kann man gar nicht oft genug auf die zerstörerischen Folgen dieser Technologie hinweisen.

Eine weitere Frage, ist die nach der Gefährlichkeit des Aufenthalts

dort. In aller Kürze so viel: Der kurzzeitige Aufenthalt in der Zone unter Beachtung einiger Regeln ist nicht problematisch. Die Strahlenbelastung ist in weiten Teilen recht gering. Allerdings gibt es „Hot-spots“ mit stark erhöhter Strahlung, weshalb man in der Zone immer einen Dosimeter dabei haben und Hinweisschilder ernst nehmen sollte. Außerdem ist immer ein ortskundiger Guide dabei, der darauf achtet, dass die Besucher nicht in die Nähe stark kontaminierter Orte kommen.

Und noch eine Frage wurde mir oft gestellt: Wie fühlt man sich dort und was geht einem durch den Kopf? Ich empfand es als extrem bedrückend und in erster Linie deprimierend. Vor allem in Pripjat, wo man auch heute noch sieht, dass das eine moderne Stadt war, in der sich die Menschen garantiert wohl gefühlt haben, ging mir immer wieder durch den Kopf, dass diese Katastrophe nicht nur viele Menschenleben gefordert sondern auch Lebensperspektiven beseitigt hat.

Für mich zusammengefasst habe ich dies mit der Formulierung **„Zerstörtes Leben – verlorene Welt“**.



Die Ausstellung mit vielen Fotos ist bis Ende April im Lothar-Bisky-Haus (Potsdam, Alleestr. 3) zu sehen. Weitere Infos: www.andrea-johlige.com/zerstoertes-leben-verlorene-welt-die-sperrzone-um-tschernobyl-ein-reisebericht/

Tschernobyl-Woche vom 23. bis 29. April 2017 im Landkreis Oder-Spree

„Erinnerung für die Zukunft – von Tschernobyl bis zur Energiewende“

„Das gefährlichste Element, das aus den Reaktoren von Tschernobyl, Fukushima und allen weiteren havarierten Mailern entwich, ist nicht Cäsium oder Plutonium sondern sind Lügen. Diese Lügen wurden und werden genauso weit verbreitet wie die Radioaktivität selbst - über ganze Länder, Kontinente und die gesamte Welt.“

(nach Alla Jarotschinskaja)

Nach der Fokussierung auf das Gedenken an die Katastrophe von Tschernobyl vor 30 Jahren im Jahr 2016 wollen wir uns im Jahr 2017 auf die aktuellen gesundheitlichen Folgen und Alternativen in der Energiegewinnung konzentrieren. Dies erfolgt u. a. in Gesprächs- und Diskussionsrunden

unterschiedlicher Art zu Energieeinsparung, Energieeffizienz und die Nutzung regenerativer Energien. Damit wollen wir auch neue Zielgruppen ansprechen.

Vor allem aber werden wir junge Menschen auf Zusammenhänge und ihre Verantwortung für Natur-, Wasser-, Klima- und Bodenschutz, gesunde Ernährung, Nachhaltigkeit und damit auf die Erhaltung der Erde als Raum für das Leben aufmerksam machen. Dabei wollen wir den Gedanken der gemeinsamen Verantwortung für unseren Planeten und damit uns Menschen, auch immer mit der eigenen Verantwortung jeder Generation für eine lebenswerte Zukunft nachfolgender Generationen herausarbeiten.

Vor Ort sind unter Leitung der SO-DI-Gruppen örtliche Trägerkreise aktiv. Sie setzen sich aus Friedens-, Umweltgruppen und Bil-

dungseinrichtungen, die sich auf die Durchführung von Tschernobyl-Veranstaltungen verständigen zusammen. *Hagen Weinberg*

Auszüge aus dem Programm der Tschernobyl-Woche

- **26.4., Beeskow, Rouanet-Gymnasium**
8-11.20 Uhr Vorträge und Gesprächsrunden
19.30 Uhr Treffen mit Schüler- und Elternsprechern
- **26.4., Eisenhüttenstadt**
12 Uhr OSZ-Forum mit zukünftigen Kindergärtnerinnen
15 Uhr Gesprächsrunde mit Bürgern u. Spendern im Roten Café
17 Uhr Fahrrad- und Autokorso von Fürstenberg (Friedenshaus) bis Mosaik, Lindenallee (mit Kundgebung)
- **27.4., Fürstenwalde**
12-15.30 Uhr Forum am OSZ, Europaschule, Palmnicken
- **28.4., Glienicke**
8.40 Uhr Gesprächsrunde an der Grundschule Glienicke
10 Uhr Forum mit Schülern „Das neue Gymnasium Glienicke“
15 Uhr Gespräch mit Bürgern und Spendern im Seniorenklub
17 Uhr Gesprächsrunde im Bürgerhaus



Wo blieben die Flüche?

Gesine Löttsch hat Episoden und Anekdoten aus ihrem Politikerleben niedergeschrieben – von Karlen Vesper

Sie ist ein Profi. Im Politikgeschäft. Sie hat viel erreicht. Und viel einstecken müssen. Man erinnere sich an das Geschrei und Gezeiter, als sie es wagte, in der Zeitung *junge Welt* über „Wege zum Kommunismus“ nachzudenken. „Der latente Antikommunismus in unserem Land brach wie eine Lawine über mich herein“, erinnert sich Gesine Löttsch. Die CSU forderte sogleich eine flächendeckende Überwachung der LINKEN, deren Vorsitzende sie damals war. Und der Generalsekretär jener Partei, die sich demagogisch christlich-sozial nennt, gar ein Parteiverbot. Was hierzulande – dank feiger Verfassungsrichter – gegen stramme Antisemiten, Antidemokraten und Antieuropäer, kurzum: die NPD, nicht möglich ist. Selbst aus den Reihen der eigenen Genossen schlug ihr damals heftige Kritik entgegen, obwohl sie nicht zur Weltrevolution aufrief, sondern lediglich angesichts des großen Finanzcrashes über antikapitalistische Alternativen sinnierte. Was damals gar das Zentralorgan des deutschen Großkapitals und der Großagrarier, die *FAZ*, tat.

Oder man denke an die Entrüstung in den Medien und in Parteiführungsetagen, als Gesine Löttsch und Klaus Ernst als Spitzenduo der LINKEN Fidel Castro zum 85. Geburtstag ein Telegramm schickten. „Hat der *Spiegel* die Glückwünsche der Kanzlerin hinterfragt?“, fragt Löttsch. Man schmunzelt mit ihr, dass ausgerechnet der *Spiegel* fünf Jahre später den „Maximo Líder“ mit einem 122-seitigen Sonderheft würdigte: „Nach der Revolution von 1959 galt er vielen Menschen als Hoffnungsträger, der eine gerechte Gesellschaft versprach. Einiges ist ihm gelungen, die Alphabetisierung der Bevölkerung etwa und eine Gesundheitsversorgung für alle.“

Ad drei: Welch schofeliges, schlicht unkollegiales Verhalten wurde Gesine Löttsch und Petra Pau im Hohen Haus zuteil, als die PDS 2002 nicht wieder in den Bundestag einzog! Die beiden Direktmandatinnen mussten gar um den Katzentisch kämpfen. Obendrein frohlockte der – Parteienpluralis-

mus gern beschwörende – Ex-Bürgerrechtler und nunmehrige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse über das Verschwinden einer Partei, die gleichen Wurzeln entspross wie seine sozialdemokratische. Dagegen ist dessen Amtsnachfolger zu loben: Als Löttsch nach der Rede von Wolfgang Schäuble zum Haushalt 2017 als Vertreterin der größten Oppositionspartei an den Rednerpult trat, verließ die Hälfte der Bundesminister und Parlamentarischen Staatssekretäre sowie der CDU/CSU-Fraktion den Saal. Und Frau Merkel schwatzte despektierlich. „Deutlicher kann man kaum sein Desinteresse an einer politischen Debatte bekunden“, vermerkt Löttsch. Norbert Lammert rief dann die Bundeskanzlerin zur Ruhe und Rason. „Ich habe schon häufiger erlebt, dass Menschen sich eher über das schlechte Verhalten von Politikerinnen und Politikern empören als über die schlechte Politik“, so Löttsch.

Beim Lesen solcher Episoden fragt man sich: Warum tut die Frau sich das alles an? Jahr um Jahr. Man erfährt es aus anderen Geschichten. Die von dankbaren Wählerinnen und Wählern berichten, von Freude und Erkenntnisgewinn bei Begegnungen landauf, landab. Spürbar ist der Stolz auf Erreichtes, leider mehr im Kleinen als im großen Ganzen. Aber immerhin rollte der „Zug der Erinnerung“, eine von Beate Klarsfeld mitinitiierte Ausstellung über die 11 000 von der Deutschen Reichsbahn aus Frankreich in die NS-Vernichtungslager deportierten jüdischen Kinder, trotz störrischen Widerstandes der Deutschen Bahn schließlich doch durch bundesdeutsche Bahnhöfe. Und die kyrillischen Inschriften im Reichstag blieben ungeachtet ewig gestriger Krieger. Woraufhin sich eine ukrainische Schulklasse freuen konnte, weil sie die Botschaft eines Rotarmisten aus Charkow entdeckte. Allerdings sind einige „Russen-Graffiti“ eliminiert worden, wie Veteranen der Roten Armee beklagten: „Wo sind die Flüche geblieben?“

Zu den kleinen und größeren Siegen gehört, dass Berlins erster Nachkriegskommandant Nikolai

Bersarin wieder Ehrenbürger und Professor Dathes Tierpark in Löttschs Wahlkreis nicht dichtgemacht wurde. Enttäuschungen und Niederlagen gab es indes auch zuhause, beispielsweise gegen den Privatisierungswahn bei öffentlichen Gütern und Infrastruktur. Und die Clara-Zetkin-Straße unweit des Bundestags, benannt nach der international geachteten Frauenrechtlerin, Mitinitiatorin des Frauentages und letzten Alterspräsidentin des Reichstages der Weimarer Republik, musste einer Prinzessin weichen.

Alljährlich zum 8. März lädt Gesine Löttsch Frauen aller Stände, Generationen und Konfessionen zu einer Tour durch Berlin, inklusive Führung durchs Reichstagsgebäude samt Stippvisite in den Raucherraum. Dort hängt im Stil alter Ikonografie der Fries eines russischen Künstlers, auf dem neben viel werktätigem Volk Lenin und Stalin zu sehen sind. Gesine kann's halt nicht lassen. Bravissimo.



Gesine Löttsch: *Immer schön auf Augenhöhe*, Eulenspiegel Verlag, 158 S., geb., 9,99 €

Leserbrief am 10. März 2017 im *neuen deutschland*

Sie musste Antikommunismus über sich ergehen lassen

Zu „Wo blieben die Flüche?“, 7.3., S. 16

Die Besprechung des Buches „Immer schön auf Augenhöhe“ ist eine sehr gute Würdigung von Gesine Löttsch. Sie hat den Antikommunismus über sich ergehen lassen müssen, als sie es wagte, in der *jungen Welt* einen Artikel unter der Überschrift „Wege zum Kommunismus“ zu veröffentlichen. Da war nur im ersten Satz vom Kommunismus die Rede. Der Rest war ein glänzender Beitrag über Rosa Luxemburg. Auch als sie zusammen mit Klaus Ernst ein Telegramm an Fidel Castro zum 85. Geburtstag sandte, war das Geschrei groß. Wie konnten sie nur? Schließlich bemerkte Gesine Löttsch, dass es ohne den Zweiten Weltkrieg den 13. August 1961 nicht gegeben hätte. Das „christlich-soziale“ Politiker und andere Antikommunisten da Wutanfälle bekamen, war zu erwarten. Schlimm war nur, dass Mitglieder der eigenen Partei ins gleiche Horn stießen.

Dr. Kurt Laser, Berlin

Veranstaltungstermine der LINKEN Oder-Spree

- 3. April, 18.30 Uhr, Storkow, genauen Ort in der Kreisgeschäftsstelle erfragen
Mitgliederversammlung der Basisorganisation
Storkow, Thema: Bundestagswahlkampf 2017
Landeswahlleiter und Direktkandidat im Wahlkreis 63
Thomas Nord steht Rede und Antwort
- 8. April, 10.30–13 Uhr, Beeskow, Mauerstraße 28,
(Stadtbibliothek)
Kreisdelegiertenkonferenz der LINKEN Oder-Spree
- 22. April, ab 10 Uhr, Fürstenwalde, Mühlenstraße 15 (Rote Bank)
Wahlwerkstatt-Bundestagswahl der LINKEN Oder-Spree (nähere Informationen zum Programm bitte in der Kreisgeschäftsstelle erfragen)
- 29. April, 10 bis 17 Uhr, Frankfurt (Oder), Wieckestraße 1b (Karl-Liebknecht-Gymnasium)
Konferenz der LINKEN: Zukunft an Oder und Neiße!? – Herausforderungen und Perspektiven in der Grenzregion.
Veranstalter: DIE LINKE im Bundestag und im Brandenburger Landtag.
- 26. April, 14 Uhr, Erkner, Friedrichsstraße, Aktion und Informationsstand der LINKEN Erkner, Gosen-Neu Zittau anlässlich des internationalen Tages gegen Lärm in Erkner (siehe letzte Seite)
- 1. Mai – internationaler Kampftag der Arbeitbewegung, traditionelle Veranstaltungen der LINKEN Oder-Spree in Schöneiche, Woltersdorf, Fürstenwalde, Beeskow, Eisenhüttenstadt (genaue Zeiten, Orte und Programme bitte in der Kreisgeschäftsstelle erfragen)
- 3. Mai 2017, 19 Uhr, Erkner, Friedrichstraße 58 (Kino Movieland)
Filmvorführung: Der junge Karl Marx
Volkmar Schöneburg lädt zur kostenlosen Filmvorführung mit anschließender Diskussion ein.
Informationen zum Film siehe im Widerspruch Februar und März 2017.

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag im April 2017



4. 4. Dr. Herbert Friedrich	Grünheide	85 J.
6. 4. Katja Borchert	Beeskow	60 J.
6. 4. Peter Dehmel	Schöneiche	81 J.
6. 4. Jens Plobner-Temuçin	Erkner	40 J.
7. 4. Reinhold Liesegang	Bernau, OT Schönau	97 J.
12. 4. Sascha Hübner	Beerfelde	30 J.
14. 4. Heinz Metzger	Fürstenwalde	75 J.
14. 4. Gerhard Zimmermann	Eisenhüttenstadt	92 J.
15. 4. Ingolf Tschirner	Fürstenwalde	83 J.
16. 4. Margot Neumann	Bad Saarow	80 J.
17. 4. Hellmuth Peschel	Beeskow, OT Oegeln	81 J.
19. 4. Carola Meyer	Schöneiche	70 J.
21. 4. Joachim Hage	Grunow-Dammendorf, OT Grunow	85 J.
22. 4. Ingeborg Schimmelpfennig	Grünheide, OT Hangelsberg	88 J.
27. 4. Joachim Handke	Müllrose	83 J.
28. 4. Erika Pögel	Schöneiche	81 J.
30. 4. Lothar Grimm	Eisenhüttenstadt	88 J.

DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle
Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 15–16 Uhr
Do. 10–12 Uhr, u. nach telefonischer Vereinbarung
Kasse: Do. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow
Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow
Telefon: (0 33 66) 2 02 02
E-Mail: kontakt@linke-beeskow.de
geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt
Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt
Telefon: (0 33 64) 4 42 51
E-Mail: dielinke-ehst@t-online.de
geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 25. 4., 10. 5., genauen Zeitpunkt und Ort bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

Sitzungen im April/Mai 2017

- Werksausschuss für den Eigenbetrieb KWU 2. 5., 17.30 Uhr, Fürstenwalde, Karl-Marx-Str. 11/12, KWU, Beratungsraum
- Unterausschuss Jugendhilfeplanung 4. 5., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Soziales u. Gesundheit 9. 5., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft 11. 5., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport 16. 5., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr 17. 5., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Jugendhilfeausschuss 18. 5., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Tagesordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages www.landkreis-oder-spree.de entnehmen.

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24, E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de
Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2.500
Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de
Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE221705503410533965, BIC: WELADEDILOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

Kreisgebietsreform: Probleme und Positionen

25. April, 18–20 Uhr, Fürstenwalde, Am Bahnhof 1
(Kreisverwaltung, Haus 1, Raum 311)

Die Kreistage und die Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte des Landes Brandenburg haben ihre Position zum vorliegenden Entwurf eines Kreisneugliederungsgesetzes in Beschlüsse gefasst. Zeitgleich ist ein Volksentscheid in der Diskussion. (Siehe dazu auf Seite 5 „Kein Argument für die Neubildung des Landkreises Oder-Spree“)

Die Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree möchte den Informationsstand zu den absehbaren Wirkungen von Veränderungen auf der Grundlage des Referentenentwurfs für ein Kreisneugliederungsgesetz auf die Städte und Gemeinden im Landkreis Oder-Spree vertiefen und zur Vorbereitung auf die im zweiten Halbjahr 2017 anstehenden kommunalpolitischen Entscheidungen mit den Fraktionen der LINKEN im Landkreis Erfahrungen aus den Auseinandersetzungen der letzten Monate austauschen.

April 2017 – Mahnung und Gedenken bleiben Verpflichtung

Im April 1945 wurden Frauen und Männer, Häftlinge der KZ-Lager Ravensbrück, Sachsenhausen, des Zuchthauses Brandenburg-Görden, aus den faschistisch besetzten Ländern Europas und aus Deutschland von der Roten Armee befreit.

Gedenkveranstaltungen

- Freitag, 21. April, 14 Uhr
Gedenkstätte Todesmarsch im **Belower Wald**
- Sonntag, 23. April, 10 Uhr
Mahn- und Gedenkstätte **Ravensbrück**
- Sonntag, 23. April, 15.30 Uhr
Gedenkstätte **Sachsenhausen**
- Sonntag, 30. April, 13.30 Uhr
Gedenkstätte Zuchthaus **Brandenburg-Görden**

Weitere Veranstaltungsangebote der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten für die Zeit bis Juni 2017 sind zu finden unter: www.stiftung-bg.de

Wirtschaftliche Macht übersetzt sich in politische Macht. Die Ungleichheit wird immer wieder neu hergestellt. Für die, die den Reichtum erarbeiten, bedeutet das: Sie haben davon nur mehr Druck, mehr Stress, mehr Erschöpfung, weniger Lohn. Eine Politik, die sich daran bindet, die Bedingungen fürs Kapital möglichst günstig einzurichten, führt zu immer neuen Krisen: wirtschaftlichen und sozialen.

Gute Arbeit. Gute Löhne. Gute Rente.

Einladung zum Bürgerforum mit

Dr. Klaus Ernst
Mitglied des Bundestages

DIE LINKE.
Fürstenwalde

24. April | 18 Uhr | Fürstenwalde | Mühlenstr. 15 | Rote Bank

Zucker-Kasten



NACHRICHT

Düstere Bilanz beim Merkel-Erdogan-Pakt

„Die Bilanz nach einem Jahr Merkel-Erdogan-Pakt ist düster – für die syrischen Flüchtlinge, für die Bevölkerung in der Türkei, aber auch für die EU und Bundesregierung. Angela Merkel hat durch ihren Pakt mit Erdogan Deutschland und die EU zur Geisel des Despoten in Ankara gemacht, der als Türsteher Europas die europäischen Länder fast grenzenlos erpresst. Der Pakt ist keine Lösung, sondern eine moralische Bankrotterklärung“, erklärt Sevim Dagdelen, Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für Internationale Beziehungen. Dagdelen weiter:

„Es war von Anfang an absurd, sich zur Bewältigung der Flüchtlingskrise ausgerechnet mit Erdogan zu verbünden, der die Türkei zur zentralen Aktionsplattform für den islamistischen Terrorismus gemacht hat und als personifizierte Fluchtursache anzusehen ist. Zudem hat seine Kriegführung gegen die Kurden im Südosten der Türkei einem gerade veröffentlichten Bericht der UNO zufolge 500 000 Menschen zu Vertriebenen im eigenen Land gemacht, mehr als 1 200 Menschen wurden getötet. Die Zahl von Asylträgern türkischer Bürger in Deutschland hat sich vervierfacht. Weder ist die Türkei ein sicherer Drittstaat, noch werden dort die Menschenrechte eingehalten. Griechische Gerichte blockieren richtigerweise die Abschiebung syrischer Asylbewerber in die Türkei. Fluchtursachen werden durch die Kumpanei mit Erdogan also nicht beseitigt, sondern befördert.“

Die Versorgung der syrischen Flüchtlinge, für die Erdogan dank des Merkel-Deals sechs Milliarden Euro bekommt, hat sich nicht verbessert. Nicht einmal zehn Prozent der geschätzt drei Millionen in die Türkei geflüchteten Syrer werden in staatlichen Einrichtungen versorgt, Zwei von fünf syrischen Flüchtlingskindern gehen nicht in die Schule.

Statt sich weiter von Erdogan erpressen zu lassen, muss Merkel ihren miesen Pakt aufkündigen und endlich die Fluchtursachen bekämpfen. Dazu gehört ein Stopp der Rüstungsexporte und die Überwindung der ungerechten kapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen, die Millionen Menschen erst zu Flüchtlingen machen. Das ist die einzige menschenfreundliche Perspektive.“



Lärm macht krank – nicht nur in Erkner

Am 26. April findet der nächste Tag gegen Lärm statt. Bereits zum 20. Mal.



von
Thomas Nord,
Mitglied des Bundestages,
kandidiert zur Bundestagswahl am 24. September als Direktkandidat der LINKEN im Wahlkreis 63 – LOS, Frankfurt (Oder).

DIE LINKE in Erkner weist an diesem Tag wieder auf die Auswirkungen von Lärm auf Mensch und Natur hin. Denn Lärm macht krank – physisch wie psychisch. Die gesundheitlichen Schäden für

die Menschen sind wissenschaftlich nachweisbar.

Als Bundestagsabgeordneter für Oder-Spree und Frankfurt (Oder) sind mir die Probleme sehr gut bekannt. Im Zuge meiner Gespräche mit den Bürgerinitiativen gegen Fluglärm bin ich darauf aufmerksam gemacht worden, dass insbesondere in Erkner die tief an- und abfliegenden Flugzeuge, die nach der Eröffnung des BER den Lärmpegel noch einmal deutlich erhö-

hen dürften, nur eine von vielen Lärmquellen darstellen. Daneben sind auch der Personen- und Güterverkehr auf der durch die Stadt führenden Bahnlinie sowie der Straßenverkehr in der Stadt und von der nahegelegenen Autobahn Bestandteile des gravierenden Lärmproblems.

DIE LINKE im Deutschen Bundestag fordert eine Verlagerung des Flugverkehrs – insbesondere von Kurzstrecken – auf die Schiene. Auch viele Gütertransporte per LKW könnten – sofern sie überhaupt notwendig sind – auf der Schiene und dem Wasserweg erfolgen. Dies muss jedoch mit Investitionen in die Schieneninfrastruktur und Lärmschutz an Schienenwegen sowie dem Ausbau der Wasserstraßen einhergehen. Genau deswegen kämpfe ich seit Jahren für den Ausbau der Schleusen in Fürstenwalde und Kleinmachnow und die Modernisierung des Oder-Spree-Kanals. Die Schweiz geht beim The-

ma Schiene mit gutem Beispiel voran, während die Bundesregierung, wie bei vielen anderen Gemengelagen, bei denen Interessen von Unternehmen und Bürgern aufeinanderprallen, nur sehr zögerlich agiert, anstatt zügig nachhaltige Verbesserungen im Sinne der betroffenen Lärmopfer umzusetzen.

Und überall dort, wo eine aktive Lärminderung, d.h. die Reduzierung von Lärmemissionen, nicht (mehr) umsetzbar ist, muss zumindest ein ausreichender passiver Lärmschutz gewährleistet werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen zur Konfliktvermeidung früher und verbindlicher in die Planung von Verkehrswegen und Flugrouten einbezogen werden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Betroffenen nicht länger vor vollendete Tatsachen gestellt werden, sondern von Anfang an Einfluss auf die Entscheidung nehmen können, ob ein Projekt überhaupt realisiert wird.



Foto: Fotolia (Eisenhaus), Layout: Ines Glöckner

26. April, ab 14 Uhr Erkner, Friedrichstraße

Die DIE LINKE Erkner, Gosen-Neu Zittau lädt Sie ein, in der Friedrichstraße um 14.15 Uhr für 15 Sekunden Ruhe zu genießen. Anschließend wollen wir an einem Informationsstand (Rotes Fahrrad) an der Ecke Seestraße über Wege zur Lösung des Lärmproblems diskutieren. Mit dabei sind der Bundestagsabgeordnete Thomas Nord und der Landtagsabgeordnete Volkmar Schöneburg.

Weitere Informationen zum Tag gegen Lärm erhalten Sie am Roten Fahrrad, im Internet unter

- www.tag-gegen-laerm.de/
 - www.linke-erkner.de/
 - www.facebook.com/fraktiondielinkeerkner/
- und in „Erkner ungefiltert“, 2/2017 (ab 23. April).

20. Tag gegen Lärm

International Noise Awareness Day
26. April 2017 · 14:15 Uhr · 15 sec Ruhe

Akustische Vielfalt in Deutschland

www.tag-gegen-laerm.de